



Fotos: Klaus Steindorf/Sabath

Mecklenburg-Vorpommern

„Gemeinsam mehr erreichen“

Mit dem fast einstimmigen Beschluss des Wahlprogramms „Gemeinsam mehr erreichen“ läutet die CDU Mecklenburg-Vorpommern auf einem Landesparteitag in Pasewalk den Landtagswahlkampf ein.

In ihrer Rede machte die Vorsitzende der CDU Deutschlands deutlich, warum Mecklenburg-Vorpom-

mern einen Politikwechsel brauche. Die Bundeskanzlerin wies in diesem Zusammenhang auf das eigenwillige Politikverständnis des regierenden SPD-Ministerpräsidenten Harald Ringstorff hin, das sich besonders bei der ablehnenden Haltung zum Kompromissvorschlag der Ministerpräsidenten bei der

INHALT

Volker Kauder:
Erfolgreich verhandelt
Seite 3–4

Berlin:
Rot-Rot die rote Karte
Seite 5

Dokumentation:
Soziale Kapitalpartnerschaft – für mehr Arbeitnehmerbeteiligung an Gewinn und Kapital

► Föderalismusreform gezeigt habe. Dadurch würden „die Beziehungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Bundesebene, zum Bundesrat und auch zum Bundestag nicht besser.“

Wichtige Weichenstellungen für das Land müssten immer in einem Miteinander von Landes- und Bundesregierung getroffen werden. Dabei dürfe eine Seite nicht immer nur nehmen wollen, sondern müsse auch bereit sein, etwas zu geben, sagte sie. Mit dem CDU-Spitzenkandidaten Jürgen Seidel als Regierungschef würde es für den Bund einen kompetenten und verlässlichen Partner in Schwerin geben.

Jürgen Seidel wies in seiner Rede auf das widersprüchliche Verhalten der Landesregierung zum Besuch von US-Präsident George W. Bush Mitte Juli und zum G8-Gipfel im kommenden Jahr hin. Wenn Ringstorff als Regierungschef Bush begrüße und die Linkspartei/PDS-Minister in der Menge der Demonstranten stünden und «Buh!» riefen, schade das dem Image des

Landes. „Wenn das passiert, können Sie noch zehn Kampagnen „MV tut gut“ machen – das ist alles rausgeschmissenes Geld.“

Die Vorsitzende der CDU Deutschlands kritisierte auch die Arbeitsmarktpolitik der SPD/Linkspartei-Regierung. Sie könne nicht erkennen, dass seitens der SPDgeführten Regierung alles dafür getan werde, dass Wirtschaftskräfte gestärkt und Arbeitsplätze geschaffen würden. Deshalb unterstütze sie das Wahlprogramm der CDU Mecklenburg Vorpommern, das unter dem Punkt „Vorfahrt für Arbeit“ eine Mittelstandsinitiative ankündigt.

Im Bereich der Familienpolitik setzt sich die Landes-CDU das Ziel, die Nutzung von Kindertagesstätten in Mecklenburg-Vorpommern beitragsfrei zu gestalten. „Ich weiß, dass der politische Mitbewerber uns jedesmal vorwirft, dass dies



nicht finanzierbar sei. Anstatt ständig diese Vorwürfe zu wiederholen, sollten sie gemeinsam an diesem Ziel mitarbeiten“, erklärte Jürgen Seidel. Den Schulen soll mehr Eigenverantwortung eingeräumt werden, das Verhalten der Schüler wieder mit Kopfnoten bewertet werden. Den Hochschulen stellte die CDU in Aussicht, die Einschränkung ihrer Autonomie durch die Landesregierung wieder zurückzunehmen. Erklärtes Ziel der Landes-CDU ist es, wieder stärkste Fraktion im Schweriner Landtag zu werden und Regierungsverantwortung zu übernehmen.

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-220 70-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-111-333. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse KölnBonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 370 501 98), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis/jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Volker Kauder

Erfolgreich verhandelt

Union setzt in Schlussverhandlungen wesentliche Änderungen am Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz durch.

Rot-Grün hat uns in Brüssel die EU-Gleichbehandlungsrichtlinien eingebracht. Diese müssen zwingend in deutsches Recht umgesetzt werden, ansonsten drohen hohe Strafzahlungen (bis zu 900.000 Euro pro Tag). Nach intensiver öffentlicher, aber auch innerparteilicher Diskussion über das so genannte Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz ist uns jetzt in Nachverhandlungen mit dem Koalitionspartner ein für alle Seiten tragfähiger Kompromiss gelungen, der in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause im Deutschen Bundestag verabschiedet werden konnte.

Aus diesem problematischen Gesetz ist auch nach den letzten Änderungen kein wirklich gutes Gesetz geworden. Gegenüber dem ursprünglich ausgehandelten Entwurf hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion aber weitere wesentliche Änderungen erzielt, die das AGG in Kernanwendungsbereichen deutlich verbessern. Diese Änderungen orientieren sich an der Stellungnahme des Bundesrates und berücksichtigen daher auch die Anregungen der Länder.

Folgende Verbesserungen konnten erreicht werden:

1. Für die Vermietung von Wohnraum wird klargestellt, dass es sich jedenfalls dann



Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

nicht um ein Massengeschäft im Sinne des § 19 Abs. 1 Nr. 1 AGG handelt, wenn ein Vermieter insgesamt nicht mehr als 50 Wohnungen vermietet. Private Vermieter fallen damit in aller Regel nicht unter das allgemeine zivilrechtliche Gleichbehandlungsgebot. In einem bedeutenden Bereich der privaten Alltagsgeschäfte wird somit die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen gewahrt. Mieter können weiterhin nach individuellen Kriterien ausgesucht werden.

2. Zur Erhaltung einer aktiven, auf soziale Stabilität ausgerichteten Wohnungspolitik wurde zudem vereinbart, dass eine unterschiedliche Behandlung bei der Wohnraumvermietung zur Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen und ausgewogener Siedlungsstrukturen zulässig bleibt. Die Regelung trägt dem hohen sozial- und integrationspolitischen Stellenwert stabiler Bewohner- und ausgewogener Siedlungsstrukturen Rechnung.
3. Die besondere Beweislastregelung des § 22 AGG zum Nachweis einer Benachteiligung wurde deutlich zu Lasten der Anspruchsteller geändert. Anders als bislang vorgesehen, müssen nunmehr die Indizien bewiesen – und nicht nur „glaubhaft gemacht“ – werden, aus denen sich die Vermutung einer verbotenen Benachteiligung ergibt. Damit wurde die

Schwelle zur Geltendmachung von Rechten aus dem AGG deutlich erhöht.

4. Das Merkmal „Weltanschauung“ fällt nicht mehr unter den zivilrechtlichen Diskriminierungsschutz. Damit wurde das AGG von einem schwer fassbaren Diskriminierungstatbestand befreit, der insbesondere fragwürdigen Vereinigungen als Schlupfloch hätte dienen können. Die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen in diesem Bereich bleibt damit gewahrt.
5. Der gesamte Bereich des arbeitsrechtlichen Kündigungsschutzes wird vom Anwendungsbereich des AGG ausgenommen. Liegt die Benachteiligung in einer Kündigung, findet ausschließlich – wie bisher auch – das Kündigungsschutzgesetz Anwendung.
6. Ein zusätzliches Klagerecht des Betriebsrates oder einer im Betrieb vertretenen Gewerkschaft besteht nicht in Kleinbetrieben außerhalb des Anwendungsbe-

reiches des Betriebsverfassungsgesetzes. Darüber hinaus ist es auf grobe Verstöße des Arbeitgebers beschränkt. Ansprüche der Benachteiligten können weder durch den Betriebsrat noch durch die Gewerkschaften gerichtlich geltend gemacht werden.

7. Die Möglichkeit, Antidiskriminierungsverbände als Prozess-Bevollmächtigte der Betroffenen in gerichtlichen Verfahren auftreten zu lassen, wurde gestrichen.
8. Die Ausschlussfrist für die Geltendmachung von Ansprüchen nach dem AGG wurde von 3 Monaten auf 2 Monate reduziert. Dies führt zu einer vereinfachten Dokumentation.

Mit diesen Änderungen reduzieren wir Belastungen für das Wirtschafts- und Rechtsleben. Das entscheidende Problem, die EU-Richtlinien, können wir aber nicht ändern.

RONALD POFALLA: CDU HAT WORT GEHALTEN

Die CDU hat sich in der Großen Koalition gegen die SPD in der Schlussrunde der Verhandlungen zur Umsetzung von vier EU-Richtlinien in ein Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz in wichtigen Punkten durchgesetzt.

Die Union hat sich dieses Gesetz nicht gewünscht. Doch die Bundesregierung ist verpflichtet, die von der alten rot-grünen Bundesregierung ausgehandelten

EU-Richtlinien in deutsches Recht umzusetzen. Jeder weitere Verzug hätte Strafzahlungen von bis zu 900.000 Euro täglich zur Folge gehabt.

Gegenüber dem ursprünglichen rot-grünen Entwurf für ein „Antidiskriminierungsgesetz“ haben wir eine Vielzahl von Änderungen durchgesetzt und



Generalsekretär Ronald Pofalla

so überflüssige Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft verhindert.

Die CDU hat damit Wort gehalten: Wir werden in

der Großen Koalition auch in Zukunft wachsam sein, dass EU-Vorgaben nur so weit nötig übernommen werden und damit unnötige Bürokratie vermieden wird.

Berlin

„Rot-Rot die rote Karte“

Mit der klaren Ansage „Ich will in dieser Stadt Regierender Bürgermeister werden!“ hat der Berliner Spitzenkandidat für die Abgeordnetenhauswahlen, Friedbert Pflüger, seine Wahlkampfthemen auf den bevorstehenden Wahlkampf eingestimmt.

„Wenn wir den rot-roten Senat am 17. September ablösen wollen, müssen wir alle geschlossen nach vorne marschieren“, sagte Pflüger bei einem Treffen der zahlreich erschienenen Wahlkampfteams im Konrad-Adenauer-Haus. Ausdrücklich dankte Pflüger Generalsekretär Ronald Pofalla und der Bundespartei für ihre Unterstützung im Wahlkampf.

Auch wenn der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit derzeit als Partylöwe glänzen könne, die Probleme Berlins würden ihn spätestens nach der Fußball-WM wieder einholen: Die hohe Arbeitslosigkeit und die wachsende Armut, 600.000 ausgefallene Unterrichtsstunden und 500.000 Straftaten. „Feiern alleine reicht nicht, es muss gearbeitet, es muss angepackt werden“, rief Pflüger in den Beifall seiner ganz in Orange getauch-



Generalsekretär Ronald Pofalla und Friedbert Pflüger

ten Unterstützer. Nach der Regierungsübernahme werde die CDU die Lage der Schulen verbessern, betonte der Spitzenkandidat. Als Regierender Bürgermeister werde er die Wahlpflichtfächer Religion und Ethik wieder einführen und gegen die Einheitsschule auf Vielfalt, Wahlfreiheit und Durchlässigkeit setzen. Zudem werde er dafür sorgen, dass die Kinder vor ihrer Einschulung der deutschen Sprache mächtig seien. Graffiti-Sprayen soll nach dem Willen der CDU künftig als Straftat gelten, außerdem werde ein unionsgeführter Senat keine rechtsfreien Räume dulden. Des Weiteren kündigte Pflüger an, er werde ein Konzept vorlegen,

wie der City-Flughafen Tempelhof erhalten werden könne. Wenn das vom rot-roten Senat eingeleitete Verfahren, Tempelhof die Betriebserlaubnis zu entziehen, Erfolg habe, werde diese Entscheidung nicht mehr rückgängig zu machen sein, unterstrich der CDU-Spitzenkandidat.

Zuvor hatte CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla der Berliner CDU versichert, die Bundespartei werde den Wahlkampf in den nächsten Wochen und Monaten nach Kräften unterstützen. Der Generalsekretär der CDU Deutschlands zeigte sich sicher, dass die Berliner CDU im Herbst die stärkste Fraktion im Abgeordnetenhaus stellen werde.

Neuer Vorsitz in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz

Joachim Herrmann ist neuer Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz (FVK). Der Fraktionsvorsitzende der CSU im Bayerischen Landtag löst Christoph Böhr aus Rheinland-Pfalz ab.

Ebenso einstimmig wie Herrmann wählten die Fraktionsvorsitzenden den niedersächsischen Fraktionschef David McAllister zum stellvertretenden Vorsitzenden der FVK. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz dient dem regelmäßigen Informations- und Erfahrungsaustausch der Unionsfraktionen des Europäischen Parlaments, des Bundestags und der 16 Landtage. „Die Landesparlamente gewinnen mit der Föderalismusreform an Bedeutung. Deshalb wird eine enge Abstimmung zwischen den Ländern und damit eine gute Kooperation innerhalb der Union immer wichtiger“, erklärte der FVK-Vorsitzende. Auf ihrer Jahrestagung haben sich die Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU für schnellere Planverfahren bei Infrastrukturvorhaben ausgesprochen. In einer Resolution befürworteten sie nachdrücklich diesbezügliche Initiativen der Bundesregie-



Nach der Wahl der neuen Führungsspitze der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz gratulierte Bundeskanzlerin Angela Merkel dem neuen Konferenzvorsitzenden Joachim Herrmann (rechts) und seinem Stellvertreter David McAllister (links).

rung sowie der Länder Hamburg und Hessen. „Die heute geltenden Vorschriften zur Planung des Baus und der Änderung von Bundesfernstraßen, Betriebsanlagen der Eisenbahn, von Bundeswasserstraßen und Flughäfen werden den Anforderungen an die Transparenz, Berechenbarkeit und Zügigkeit der Entscheidungsprozesse in den Verwaltungen des Bundes sowie der Länder nicht mehr gerecht“, heißt es in dem Beschluss. Dies sei unbefriedigend, weil Deutschland noch stärker als bisher die Rolle eines bevorzugten Standortes für Logistikdienstleister, Industrie und Mittelstand sowie eines Transitlandes zukomme und deshalb besonders auf eine leistungsfähige Infrastruktur

angewiesen sei. „Die jetzt diskutierten Gesetzentwürfe sind sehr gut geeignet, um Planungsprozesse zu verkürzen“, stellte David McAllister fest. Die CDU/CSU-Fraktionschefs forderten konkret, die von der früheren rot-grünen Bundesregierung im Fernstraßenausbaugesetz eingeführten „naturschutzfachlichen Planungsaufträge“ ersatzlos zu streichen. „Diese Planungsaufträge haben sich in der Praxis nicht bewährt und die Planungsprozesse verzögert“, erklärte David McAllister. Die Konferenz forderte zudem alle Beteiligten auf, sich zügig auf Maßnahmen zur Beschleunigung und Vereinfachung von Planungsverfahren für Infrastrukturvorhaben zu verständigen.

Brandenburg

Kongress „Leitkultur und Integration“

Was hält unsere Gesellschaft zusammen, heute und in Zukunft? Diese und andere Fragen standen im Mittelpunkt des Kongresses „Leitkultur und Integration“, zu dem die CDU Brandenburg nach Potsdam eingeladen hatte.

Zusammen mit Bundestagspräsident Norbert Lammert, dem CDU-Landesvorsitzenden und Stellvertretenden Ministerpräsidenten Jörg Schönbohm und der stellv. Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Katherina Reiche, diskutierten 120 interessierte Bürger Fragen zu Leitkultur, Integration, Zuwanderung und Patriotismus.

„Leitkultur und Integration“ seien „wichtige Themen und die Debatte notwendig und unverzichtbar“, erklärte Norbert Lammert in seiner Rede. Der Bundestagspräsident stellte diesbezüglich in Deutschland einen Bewusstseinswandel fest, den man „nur begrüßen“ könne. Leitkultur bedeute, den europäisch-abendländischen Grundwerten und kulturellen Erfahrungen Geltung zu verschaffen, so Lammert. „Jede Gesellschaft, jede Gemeinschaft braucht einen



Norbert Lammert, Jörg Schönbohm und Katherina Reiche

Mindestbestand an gemeinsamen Überzeugungen und Orientierungen, ohne die auch ihre Regeln und ihre gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Dauer keinen Bestand haben. Eine Gesellschaft, die nicht weiß, wo sie hingehört, ist zur Integration nicht in der Lage“, so Lammert.

Jörg Schönbohm betonte in seiner Rede die Bedeutung der Sprache als Schlüssel für Integration. Der brandenburgische Landesvorsitzende hob hervor, dass Integrationspolitik nur dem gelingen könne, der sich seiner eigenen nationalen und kulturellen Identität gewiss sei. „Wie können wir von Zuwanderern erwarten, dass sie sich mit Deutschland identifizieren, wenn wir selbst es nicht tun? Wie können wir ein Verhältnis zu Deutschland von ihnen fordern, wenn wir selbst kein

solches Verhältnis haben? Ohne ein klares Verhältnis zur eigenen Nation, ohne eine klare Vorstellung von der eigenen Tradition, der eigenen Sprache und der eigenen Verfassung, ohne ein solches klares Verhältnis können wir keine Integration gestalten und Zuwanderung in geordnete Bahnen führen“, so Schönbohm.

Katherina Reiche, die die Diskussion leitete, fasste zusammen, dass das große Interesse an der Veranstaltung gezeigt habe, wie wichtig das Thema sei. Auf die aktuelle Patriotismusdebatte bezogen sagte Reiche: „Wir haben allen Grund, stolz auf das zu sein, was uns als deutsche Nation im wiedervereinigten Vaterland verbindet. Das, was wir gemeinsam in Ost und West geleistet haben, macht uns stolz und auf dieser Basis können wir andere hier integrieren.“

„Silver-Surfer ins Internet“

Mit diesem Aufruf startete der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Otto Wulff, den überarbeiteten Internetauftritt der Senioren-Union und rief die Mitglieder seiner Organisation dazu auf, die „unbegrenzten Informationsmöglichkeiten des weltweiten Netzes noch stärker als bisher“ zu nutzen.

Unter www.seniorenunion.de stellt sich die Senioren-Union im neu gestalteten und dem CDU-Erscheinungsbild angepassten Layout mit einem erweiterten Informationsangebot vor. Die regelmäßig aktualisierten Seiten der Senioren-Union informieren über die Arbeit des Bundesverbandes mit Links zu allen Landesverbänden, bieten Pressemitteilungen zu den jeweils diskutierten Themen (auch zur weiteren Nutzung durch Landes-, Kreis- und Ortsverbände), liefern unter der Überschrift „Tipps & Themen“ Hintergrundmaterial und geben Termin- und Veranstaltungshinweise.

„Die Nutzung des Internets ist keine Frage des Alters, sondern der geistigen Beweglichkeit; und da sind wir stolz, dass wir unseren

Landes- und Kreisvereinigungen nunmehr anbieten können, ihre eigene Homepage – angepasst an unsere neue Präsentation – ebenfalls neu zu gestalten,“ erklärte Otto Wulff bei der Vorstellung der neuen Internetseiten.

Mit ihren neuen Internetseiten beweist die Senioren-Union, dass die Nutzung der modernen Medien auch in der politischen Arbeit inzwischen einen enorm wichtigen Stellenwert erreicht hat, der sich in Zukunft noch stärker ausweiten wird. Die Erfahrungen aus den letzten Bundestagswahlkämpfen haben gezeigt, dass gerade für die Kommunikation und Arbeit in der Partei Informationsfluss und Erreichbarkeit via Internet ein inzwischen nicht mehr zu ersetzendes Instrument geworden sind. Das Internet bietet heute enorme Vorteile für die politische Arbeit: Ankündigungen, Aktionsvorschläge und Flugblätter erreichen die Parteibasis ohne Zeit-



Der SU-Vorsitzende, Otto Wulff, startet die neue Homepage der Senioren-Union.

verlust. Anders als bei Broschüren und Dokumentationen fallen keine Druck- und Vertriebskosten an. Inhalte können in vielfältiger Weise – Text, Grafik, Ton, Film – vermittelt werden. Außerdem fördert das Internet über seine interaktiven Möglichkeiten – Chat, Forum, E-Mail – einen unmittelbaren Informationsaustausch zwischen Bürgern und Partei. So stellen z.B. das Internet-Angebot der Mutterpartei unter www.cdu.de und das CDU-Mitgliedernetz unter www.cdunet.de eine Quelle für eine Vielzahl von Informationen jeglicher Art dar

(z.B. Adressen, Informationen zu aktuellen politischen Themen, Informationen über Veranstaltungen und Aktionen, Textbausteine und Argumentationshilfen, Elemente für Druck- und Internet-Gestaltung und vieles mehr), die vor allem bei der Arbeit vor Ort inzwischen unverzichtbar geworden sind.

Da vor allem ältere Menschen oft ein wenig Hilfestellung brauchen, bis sie den Schritt ins weltweite Netz wagen, wurde die Aktion www.50plus-ans-netz.de in Leben gerufen. Das unter der Schirmherrschaft von Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, stehende Projekt will im Rahmen des „Online-Jahres 50plus“ älteren Menschen die Nutzung des Internets näher bringen. Neben der Vermittlung des Umgangs mit Maus und Tastatur lernen die Senioren anhand von praktischen Beispielen das Surfen und Recherchieren im Internet und den Gebrauch von E-Mails. Die bundesweit stattfindenden

The screenshot shows a web browser displaying the homepage of the Senioren-Union der CDU. The browser's address bar shows <http://www.senioren-union.de>. The website has a header with the logo and a navigation bar with links for Home, Kontakt, and Impressum. The main content area includes a welcome message: "Herzlich Willkommen bei der Senioren-Union!" followed by a paragraph about the organization's mission. A sidebar on the right contains sections for "Aktuelles" and "Informationen".

www.senioren-union.de

den Kurse orientieren sich dabei an fünf Themen aus dem täglichen Leben: Einkaufen, Finanzen, Gesundheit, Reisen und Sicherheit. So wird im Kurs „Finanzen“ z.B. das Online-Banking geübt, der Kurs „Sicherheit“ vermittelt Grundlagen zur gefahrenlosen Internetnutzung. Übung im Recherchieren und Online-Kaufen bieten vor allem die Kurse „Reisen“ und „Einkaufen“. Zu diesen Übungen werden im Web existierende Seiten verschiedener Kooperationspartner genutzt.

„Das Internet bietet gerade älteren Menschen viele Möglichkeiten, die ihr Leben einfacher machen können. Mit dem „Online-Jahr 50plus“ weisen wir auf diese

Chancen hin und ermutigen die Menschen, sie auch zu ihrem eigenen Wohl zu nutzen“ fasst Ursula von der Leyen das Ziel der Aktion zusammen.

Neben einem eigenem Internetauftritt gewinnt die Kommunikation via E-Mail eine immer stärker Bedeutung. Die schnelle und kostengünstige Kommunikation mit der Partei mit E-Mails ist ein wichtiges Kriterium für erfolgreiche Parteiarbeit und uneingeschränkte Kampagnenfähigkeit, sind sich die Kampagnenverantwortlichen in den Parteizentralen einig. Wichtig: Der Informationsfluss über E-Mail kann nur funktionieren, wenn jederzeit die Erreichbarkeit si-

chergestellt ist. Die moderne Technik könne dem Nutzer nur alle Vorteile uneingeschränkt bieten, wenn er im Gegenzug auch die nötige Disziplin in der Datenpflege aufweise, erklärte CDU-Bundesgeschäftsführer Johannes von Thadden gegenüber dem UId und bittet deshalb die Verbände und Vereinigungen, immer die aktuellen E-Mail-Adressen an die Bundesgeschäftsstelle zu melden. Die Bedeutung des E-Mail-Verkehrs für die kommenden Wahlkämpfe, aber auch für aktuelle Projekte wie z.B.

Unter www.50plus-ans-netz.de finden Sie weitere Informationen.

der Grundsatzprogramm-Diskussion, werde immer größer, so der CDU-Bundesgeschäftsführer.

WEBMASTER-SERVICE

Für die Webmaster der CDU-Gliederungen bietet die CDU-Bundesgeschäftsstelle einen neuen Service. Ab sofort steht die Einwahlmaske für das CDUNet als HTML-Code im Mitgliedernetz unter

Mitgliedernetz

Benutzername

Passwort

Login

Registrieren

www.cdunet.de in der linken Hauptnavigation unter „Webmaster/Angebote“ zum Download bereit. Mit diesem Tool können Sie die Einwahlmaske ins CDUNet in ihre eigene Homepage integrieren.

Annette Schavan:

Den Menschen nicht unterfordern

Hat sich der umsorgende Wohlfahrtsstaat überfordert und erwartet nun immer mehr Abgaben, welche die Selbsthilfe schwächen, um vermeintliche Sicherheit zu geben? Und sind wir nicht rasch dabei, jene als Neoliberale zu bezichtigen, die mehr Eigenverantwortung fordern?

Auch die viel zitierte katholische Soziallehre oder die evangelische Sozialethik sind in Wirklichkeit nicht Quellen für die Forderung nach dem alles umsorgenden Wohlfahrtsstaat. Sie sind vielmehr getragen von der Überzeugung, dass der Mensch nur dann zur vollen Entfaltung seiner Persönlichkeit kommt, wenn er sich als freiheitsfähige und verantwortungsbewusste Person versteht. So lesen wir bei Oswald von Nell-Breuning, der wesentlich an der im Jahr 1931 veröffentlichten Sozialzyklika „Quadragesimo Anno“ mitgearbeitet hat: „Hilfe, die den Menschen in Stand setzt oder es ihm erleichtert, sich selbst zu helfen, oder die seine Selbsthilfe erfolgreicher macht, ist echte Hilfe; noch so wohl gemeinte Maßnahmen, die den Men-



Annette Schavan

schen an der Selbsthilfe hindern, ihn davon abhalten oder den Erfolg seiner Selbsthilfe beeinträchtigen oder gar sie ihm verleiden, sind in Wahrheit keine Hilfe, sondern das Gegenteil davon, schädigen den Menschen.“

Das klingt fast ungewohnt. Wir reden heute von Überforderung des Bürgers, wollen ihm nichts mehr zutrauen. In seinem Aufsatz über das Subsidiaritätsprinzip, einem Klassiker der So-

ziallehre, warnt Oswald von Nell-Breuning gerade vor einer übertriebenen Hilfe des Staates, die schadet, weil sie unterfordert und die eigene Initiative schwächt.

Notwendig ist deshalb eine Politik der Würde, welche die Bürgerinnen und Bürger nicht erniedrigt, indem sie ihnen die Freiheit nimmt, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen. Politik darf nicht bevormunden. Schon gar nicht dann, wenn es zu Lasten aller in der Gesellschaft geht. Diese Politik eröffnet den Menschen Freiheitsräume, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Das ist nicht Neoliberalismus, sondern der Grundgedanke der christlichen Soziallehre – und eben auch der sozialen Marktwirtschaft.

Annette Schavan ist die Bundesministerin für Bildung und Forschung.

GRUNDSATZPROGRAMM-DEBATTE

Sie sind an der aktuellen Wertedebatte der CDU interessiert? Dann besuchen Sie www.grundsatzprogramm.cdu.de. Hier finden Sie Informationen rund um die Grundsatzprogramm-Debatte. Nutzen Sie auch die Möglichkeiten im Mitgliedernetz, wo Sie unter www.cdunet.de aktiv an der Debatte teilnehmen können.

Bundestag stärkt Europafähigkeit

Die Verhandlungen über die Vereinbarung zwischen Bundestag und Bundesregierung über die Unterrichtung und Mitwirkung in Angelegenheiten der Europäischen Union wurden mit Erfolg abgeschlossen.

Mit dem Abschluss der Vereinbarung haben die Verhandlungsführer, zu denen auf der Ebene des Deutschen Bundestages der Vorsitzende und stv. Vorsitzende des EU-Ausschusses sowie die Obleute der Fraktionen im EU-Ausschuss und auf der Ebene der Bundesregierung der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Günter Gloser, und der Parlamentarische Staatssekretär im BMWi, Peter Hintze, gehörten, ihr Mandat erfüllt. Das Mandat hatte der Deutsche Bundestag mit dem Gesetz über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union vom 17. November 2005 selbst beschlossen.

Dieses Gesetz sollte eigentlich die Bestimmungen des Europäischen Verfassungsvertrages in nationales Recht umsetzen, vor allem so weit die dort verankerten neuen Mitwirkungs-



Michael Stübgen, europapolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion

möglichkeiten der nationalen Parlamente berührt waren. Da der Verfassungsvertrag jedoch bis heute nicht in allen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden konnte, ist aus dem Gesetz lediglich der Artikel über die Vereinbarung zwischen dem Bundestag und der Bundesregierung in Kraft getreten.

Die Vereinbarung ist ein zentraler Baustein für eine verbesserte Europafähigkeit des Deutschen Bundestages. Der Bundestag zieht in seinen Mitwirkungsrechten mit dem Bundesrat gleich, in originären Bundeszuständigkeiten geht seine Beteiligung sogar über die des Bundesrates hinaus. Damit wird das gesetzgeberische Handeln der Bundesregierung auf europäischer Ebene, z. B. im Rat der Europäischen Union schon zu einem frühen Zeitpunkt weiterge-

hender und demokratischer legitimiert als bisher. Dabei geht es dem Deutschen Bundestag nicht darum, die Verhandlungsspielräume der Bundesregierung auf europäischer Ebene einzuschränken. Vielmehr wird die Europapolitik des Bundes auf eine breitere Grundlage gestellt und innerstaatlich eine bessere Umsetzung der Gesetzgebung der Europäischen Union ermöglicht. Aus diesem Hinweis ist ersichtlich, dass es in den Verhandlungen auch um die entscheidende Frage ging, wie wir die Grenzen in den Zuständigkeiten des Bundestages als dem zentralen Gesetzgeber und der Bundesregierung als dem für die Außenpolitik zuständigen Verfassungsorgan definieren. In diesem Zusammenhang bedanke ich mich ausdrücklich bei den Verhandlungsführern der Bundesregierung für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit in dieser schwierigen Fragestellung.

Es sind drei Kernbereiche, die in den Verhandlungen eine besondere Rolle gespielt haben und in denen wir einen deutlichen Zugewinn an Mitwirkungsrechten gegenüber dem Status Quo erreicht haben: Der ers-

te Bereich betrifft die Informationsrechte des Deutschen Bundestages. Diese werden erheblich ausgeweitet. In umfassender Weise werden Dokumente und Berichte sowohl der Gemeinschaftsorgane Kommission und Rat als auch von der Bundesregierung – insbesondere der Ständigen Vertretung bei der EU – zu europäischen Aktivitäten übermittelt. Die Bundesregierung muss dem Parlament zukünftig auch mitteilen, bis zu welchem Zeitpunkt die nationale Position noch verändert werden kann und welche finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen die innerstaatliche Umsetzung der europäischen Rechtssetzung haben wird. Im Bereich von originären Bundeszuständigkeiten, u. a. Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs- und Handelspolitik, geht die Unterrichtung über die des Bundesrates hinaus. Daneben wird eine Reihe von Unterrichtungsformen, die gegenwärtig bereits zur Praxis gehören, schriftlich fixiert und qualitativ verbessert.

Der zweite Bereich betrifft die Rechte der Mitentscheidung des Deutschen Bundestages in den europäischen Angelegenheiten. So kann das Parlament gemäß Artikel 23 GG in Zu-

kunft Stellungnahmen abgeben, welche die Bundesregierung nicht nur zu beachten hat sondern die verbindliche Grundlage für die Verhandlungen der Bundesregierung im Rat werden. Neu ist in dem Zusammenhang das Instrument des Parlamentsvorbehaltes, das die Mitentscheidung des Bundestages institutionell absichert. Nur aus außen- oder integrationspolitischen Gründen darf die Regierung hiervon abweichen und muss dies gegenüber dem Bundestag begründen.

Der dritte Bereich, der den Verhandlungsführern des Deutschen Bundestages wichtig war, betrifft die Mitwirkungsrechte bei Entscheidungen im Rat, bei denen die Rechtsgrundlage verändert werden soll. Ein Beispiel hierfür war der Rahmenbeschluss der EU zur sogenannten Vorratsdatenspeicherung, bei der die Rechtsgrundlage von der dritten Säule des EU-Vertrages in die erste Säule verändert wurde, um die notwendige Mehrheit im Rat für das Vorhaben zu erreichen.

Der Bundestag wird auch vor so genannten „Entscheidungen von grundlegender Bedeutung“ zukünftig stärker beteiligt, vor allem vor der Eröffnung von Verfahren zur Änderung der eu-

ropäischen Verträge (Primärrecht der EU) oder bei zukünftigen Erweiterungsverhandlungen, vor denen die Bundesregierung verpflichtet ist, sich um das politische Einvernehmen mit dem Deutschen Bundestag zu bemühen.

Der Deutsche Bundestag will seine Mitsprache in der Europapolitik aber nicht auf die Vereinbarung über eine verbesserte Zusammenarbeit mit der Bundesregierung beschränken, er will – auch das ist Teil der Vereinbarung – seine Europafähigkeit auch durch eine eigene Präsenz in Brüssel verbessern, wie sie die Bundesländer bereits seit vielen Jahren in Brüssel aufgebaut haben. Insgesamt ist die Zusammenarbeitsvereinbarung ein fairer und ausgeglichener Kompromiss, durch den die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten der Verfassungsorgane Bundestag und Bundesregierung in den Angelegenheiten der Europäischen Union nicht verwischt, sondern auf eine breitere, demokratischere Grundlage gestellt werden.

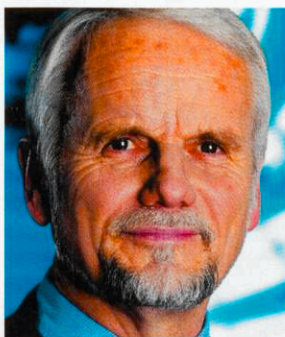
Die Zusammenarbeitsvereinbarung wird demnächst im Fraktionsvorstand und der Gesamtfraktion beraten. Nach der Sommerpause soll der Antrag im Bundestag debattiert werden.

Bekenntnis zur deutschen Sprache unverzichtbar

In Deutschland ist die deutsche Sprache im Gegensatz zu anderen Ländern nicht verfassungsrechtlich geschützt. Das Bewusstsein in der Öffentlichkeit und auch in der Politik für die Bedeutung einer gemeinsamen Sprache zu schärfen, wäre aber gerade heute, wo sich zunehmend Anglizismen oder „Denglisch“ in die deutsche Sprache einschleichen, dringend erforderlich.

Die Aufnahme der deutschen Sprache in unsere Verfassung wäre somit ein klares Bekenntnis zur Sprache als prägendes Element der deutschen Identität. Deshalb ist der Vorschlag von Bundestagspräsident Norbert Lammert zur Verankerung von Deutsch als Landessprache im Grundgesetz zu begrüßen und sollte über alle Fraktionsgrenzen hinweg breite Unterstützung finden.

Mit dieser Forderung wird auch unser Anspruch in Brüssel auf einen gleichberechtigten Gebrauch der deutschen Sprache und die vollständige Übersetzung wichtiger Dokumente unter-



Wolfgang Börnsen

strichen. Erfreulich ist in diesem Zusammenhang die Ankündigung der EU-Kommission, ab 1. September alle neuen Vorschläge und Konsultationspapiere komplett in deutscher Sprache bereitzustellen. Dieses ist ein erster wichtiger Schritt. Der zweite, mindestens ebenso wichtige steht noch aus: Da Deutsch die Sprache ist, die von den meisten EU-Bürgern gesprochen wird, ist sie nicht nur als gleichberechtigte Arbeitssprache neben Englisch und Französisch zu garantieren, sondern auch ein Teil der EU-Kommunikation. Die Bedeutung der deutschen Sprache ist uns bewusst, wenn wir zu ihrer Förderung im Ausland erhebliche Mittel, z. B. über die Goethe-Institute oder die Deutsche Welle, bereitstellen. Nun sollten wir sie aber auch im Inland und auf europäischer offizieller Ebene auf eine neue Grundlage stellen.



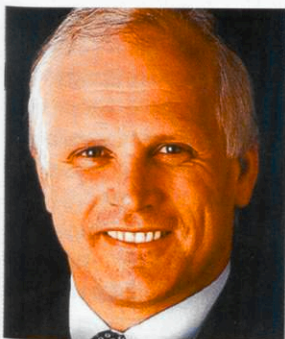
Dorothee Bär

Wolfgang Börnsen ist der kultur- und medienpolitische Fraktionssprecher, **Dorothee Bär** die zuständige Berichterstatterin

Verbraucherschutz ernst genommen

Mit dem Haushalt 2006 leistet auch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz seinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Wer aber geglaubt hat, dass mit dem Regierungswechsel der Ideologie orientierte Politik der Vorgängerregierung nur in eine andere Richtung fortgesetzt wurde, wird durch die Bilanz der ersten Regierungsmonate eines besseren belehrt.

Dem Leitbild des mündigen Verbrauchers folgend, wird die Regierungskoaliti-



Peter Bleser

on zeitnah die Beratungen zum Verbraucherinformationsgesetz abschließen können. Damit erhalten Verbraucherinnen und Verbraucher zum ersten Mal einen bundesweit geltenden Anspruch auf die Nutzung behördlich vorliegender Informationen. Dies wird seine Position am Markt stärken.

Die Erfolge der ersten Regierungsmonte, z.B. durch die Senkung der Mobilfunk-Gebühren für Gespräche in das und aus dem EU-Ausland zeigen, dass wir den Verbraucherschutz sehr ernst nehmen.

Verbraucherschutzpolitik bedeutet aber auch, dass wirtschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Arbeitsplätze in Deutschland zu halten. Deshalb steht die CDU/CSU-Fraktion für die Entwicklung und Nutzung neuer Technologien. Dies betrifft zum ei-

nen die Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen aber auch die grüne Gentechnik. Vor den Gesichtspunkten von Wahlfreiheit und Koexistenz wird das Ministerium in der zweiten Jahreshälfte neue Regeln für diesen Bereich erlassen, um den forschenden Unternehmen einen Verbleib in Deutschland zu ermöglichen.

Die Bilanz der ersten sieben Monate ist sehr positiv. Wir stehen aber auch noch vor großen Aufgaben wie der Reform der landwirtschaftlichen Sozialversicherung. Wir werden aber auch hier unserer Verantwortung gerecht werden.

Peter Bleser ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der Bundestagsfraktion.

Wende in Integrationspolitik bestätigt

Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur strafrechtlichen Verfolgbarkeit von Verstößen gegen die Schulpflicht aus religiösen Gründen ist als integrationspolitisches Signal zu begrüßen. Das oberste deutsche Gericht hat damit deutlich gemacht, dass

die in Parallelgesellschaften verbreitete Praxis, Kinder aus religiösen Gründen vom Schulunterricht fernzuhalten, vom Staat nicht hinzunehmen ist.

Integration verbietet nicht nur die Ausgrenzung von Minderheiten durch die Mehrheit, sondern sie verlangt auch, dass diese Minderheiten „sich selbst nicht abgrenzen und sich einem Dialog mit Andersdenkenden und -gläubigen nicht verschließen.“ Parallelgesellschaften müsse entgegengewirkt werden. Diese Entscheidung ist ein positives Signal für die überwältigend große Mehrheit der religiös geprägten Eltern in unserem Land, die die Bildungshoheit des Staates akzeptieren und ihre Kinder gerne auf die öffentlichen Schulen schicken.

Damit handelt es sich um eine wegweisende Entscheidung. Wichtig ist, dass eine Integrationsleistung vom Staat auch eingefordert werden kann. Die CDU/CSU-Fraktion wird bei der von ihr eingeleiteten Wende in der Integrationspolitik hin zum Fördern und Fordern durch diesen Verfassungsgerichtsbeschluss bestätigt.

Hans-Peter Uhl ist der innenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, **Ralf**



Hans-Peter Uhl



Ralf Göbel

Göbel ist der Obmann der Bundestagsfraktion im Innenausschuss.

Elterngeld – Akzent in der Familienpolitik

Erfolgreiche Familienpolitik anerkennt und unterstützt die verschiedenen Lebensentwürfe von Familien mit Kindern mit einem Dreiklang aus einer familienbewussten Arbeitswelt, dem Ausbau der Betreuungsinfrastruktur und einer gezielten finanziellen Förderung.

Nach der Verbesserung der steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten hat die Große Koalition mit der Einbringung des Gesetzentwurfs zum Elterngeld einen weiteren Akzent in ihrer Familienpolitik gesetzt. Die Einführung des Elterngeldes zum 1.1.2007 ist ein neuer Baustein, um

allen Eltern ein „Ja“ zum Kind zu erleichtern.

Das Elterngeld gibt eine Antwort auf den Wunsch der allermeisten Eltern, die erste Zeit im Leben ihres Kindes in der Familie bleiben zu können. Es erlaubt Müttern und Vätern, sich für insgesamt 14 Monate Zeit für ihr Kind zu nehmen, ohne dass es zu großen Einkommenseinbrüchen kommt. Jeder betreuende Elternteil, der seine Erwerbstätigkeit ganz unterbricht oder teilweise reduziert, erhält einen an seinem individuellen Einkommen orientierten Ausgleich in Höhe von 67 Prozent des wegfallenden Erwerbseinkommens, maximal 1.800 Euro monatlich.

Auf Drängen der Union wird aber auch solchen Familien ein Mindestelterngeldbetrag in Höhe von 300 Euro gewährt, in denen ein Partner, meistens die Frau,

schon vor der Geburt des Kindes ganz auf seine Erwerbsarbeit verzichtet hat zugunsten der Betreuung bereits vorhandener Kinder. Dieser Aspekt ist besonders wichtig, da er die Bedeutung der Erziehungsleistung der Eltern ausdrücklich anerkennt und unterstreicht, dass uns alle Lebensentwürfe mit Kindern gleich wichtig sind und wir jede von den Eltern jeweils gewählte Form des Miteinander-Lebens und Füreinander-Sorgens schätzen und ernst nehmen.

So wichtig das Instrument des Elterngeldes auch ist, unsere Familienpolitik darf dabei nicht stehen bleiben. Wir müssen die Kinderbetreuungseinrichtungen für alle diejenigen ausbauen, die ihre Kinder nicht selbst betreuen können oder möchten und auch für diejenigen, die mit dieser Aufgabe überfordert sind. In Zusammenarbeit mit den Kommunen müssen wir ein bedarfsgerechtes, qualitativ hochwertiges und bezahlbares Angebot an Bildung und Betreuung von Kindern schaffen – auch für unter Dreijährige.

Wir brauchen daneben auch die Vertreter der Arbeitswelt auf unserer Seite: Wenn wir wollen, dass Mütter oder Väter sich Zeit für

ihre Familie nehmen können, dann müssen Arbeitgeber entsprechende Arbeitsangebote bereithalten und Entgegenkommen zeigen, wenn es um die Rückkehr an den Arbeitsplatz und um familiengerechte Arbeitszeiten geht. Gespräche dazu werden geführt und es gibt bereits eine Fülle von sehr guten Beispielen familienfreundlicher Betriebe.

Neben all diesen Schritten ist es aber auch wichtig, für mehr Transparenz bei den finanziellen Leistungen für die Familien zu sorgen. Eine Neuordnung und Bündelung all dieser Leistungen in einer Familienkasse könnte eine gute Zukunftsperspektive eröffnen.

Ilse Falk ist die stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion.

Verpackungsunterfüllung – Nachteile für Verbraucher

Die vom Bundeswirtschaftsministerium veröffentlichten Zahlen zur Unterfüllung von Verpackungen sind alarmierend und in dem dargestellten Ausmaß nicht hinnehmbar. Auch wenn der Schaden für den Verbraucher im Einzelfall gering ist, summieren sich die falsch ab-



Ilse Falk



Julia Klöckner

gefüllten Mengen zu Millionenbeträgen. Der Verbraucher hat den Schaden und bislang kaum Möglichkeiten, über 'unsauber' abgefüllte Verpackungen Informationen zu erhalten.

Das bereits in den Bundestag eingebrachte Verbraucherinformationsgesetz, das in dieser Woche verabschiedet werden soll, wird in diesem Punkt effektiv Abhilfe schaffen: Können die Behörden bislang zwar die regelmäßige Unterfüllung von Getränkeflaschen oder Tiefkühlprodukten nachweisen, waren ihnen trotzdem die Hände bei der Bekanntmachung der Missstände gebunden. Das Gesetz bringt somit erstmals einen klaren Gewinn für mehr Verbrauchersicherheit.

Der Druck einer Veröffentlichung und der damit verbundene Imageverlust ist die beste Lösung des Pro-

blems. Unternehmen, die bislang so gut wie keine Sanktionen für unterfüllte Verpackungen befürchten mussten, werden jetzt im eigenen Interesse einlenken – zum Vorteil für den Verbraucher.

Julia Klöckner ist die Verbraucherschutzbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

AKTUELL IM INTERNET

Auf den Seiten der Partei unter www.cdu.de: Gesetzliche Neuregelungen zum 1. Juli 2006 (PDF)

Auf den Seiten der Bundestagsfraktion unter www.cducsu.de:

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG), Information in 8 Punkten (PDF)





Luftballon „Smilie“

in zwei verschiedenen Farben
(Blau und Weiß) je Verpackung

Bestell-Nummer: **9874**

Preis je **100 Stück: 13,00 €**

inkl. MwSt.: 15,08 €

Luftballon Zubehör

Luftballon-Schnellverschluss

inkl. Halteschnur für Gasballons

Bestell-Nummer: **9609**

Preis je **100 Stück: 4,90 €**

inkl. MwSt.: 5,68 €

Luftballon-Drahtstäbe

Bestell-Nummer: **9305**

Preis je **500 Stück: 11,00 €**

inkl. MwSt.: 12,76 €



Reflektoren „Smilie“

Bestell-Nummer: **9558**

Preis je **25 Stück: 22,50 €**

inkl. MwSt.: 26,10 €

Buntstifte mit Komfortgriff

Die dreieckige Schaftform ist speziell
auch für kleine Kinder – für einen besseren Halt –
entwickelt worden.

CDU-Buntstifte

intensive Farbkraft, bruch-, wisch- und wasserfest

Bestell-Nummer: **9250**

Preis je **10 Schachteln: 21,50 €**

inkl. MwSt.: 24,90 €



Vitaminbonbons

3g Minibonbon

Bestell-Nummer: **9177**

Preis je **1 kg (ca. 333 Bonbons): 8,00 €**

inkl. MwSt.: 8,56 €



Vitaminbonbon – Set

3 kg Bonbons + Bonbonschüttglas
im Karton

Bestell-Nummer: **9178**

Preis **3 kg + Glas: 26,00 €**

inkl. MwSt.: 30,16 €



Freshmint-Tütchen

2 Freshmints (Dragees) in einem Tütchen, zuckerfrei

Bestell-Nummer: **9110**

Preis je **200 Stück: 22,00 €**

inkl. MwSt.: 25,52 €



Gummibärchen

100 Minibeutel
in einer Runddose.

Bestell-Nummer: **9547**

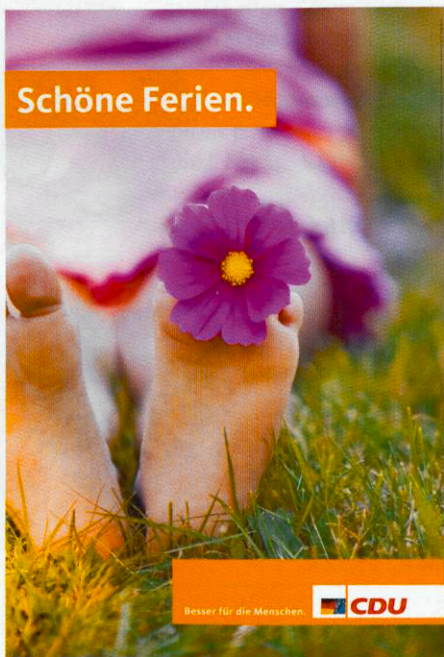
Preis je **100 Stück: 10,00 €**

inkl. MwSt.: 11,60 €



BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
CDU-Kundenbetreuung
Telefax 05241-8094165
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de



Schöne Ferien.

Sommerplakat „Schöne Ferien.“

DIN A1

Bestell-Nummer: **7667**

Preis je **50 Stück: 22,00 €**

inkl. MwSt.: 25,52 €

DIN A0

Bestell-Nummer: **7668**

Preis je **50 Stück: 40,00 €**

inkl. MwSt.: 46,40 €

Alle CDU-Plakate sind über die CDU-Bundesgeschäftsstelle zu bestellen!

Senden Sie Ihre Bestellung per Fax: 030/220 70-389. Nutzen Sie dafür den Bestellschein „Rahmenplakate und Handzettel/Aktuelle Motivplakate“. Sie finden den Bestellschein im Internet unter www.cdunet.de zum downloaden und als Faxabruf: 030/220 70-54805.

NEU! Direktbestellung ist jetzt auch über das Druckportal im „cdunet“ möglich!